

## **Beantwortung der Fragen des Netzwerks Gleichstellung und Selbstbestimmung RLP**

### **Themenblock: Schulische Inklusion, Reizschutz und alternative Bildungswege**

#### *1. Inklusionsverständnis und Realität*

*Trotz der Verpflichtung zur inklusiven Bildung erleben viele neurodivergente und reizfiltergeschwächte Schüler\*innen im bestehenden Schulsystem Überforderung, psychische Belastungen und Bildungsabbrüche – oft trotz vorhandener Begabungen. Wie definiert Ihre Partei gelingende schulische Inklusion, und welche Verantwortung sieht sie beim Land, Kinder und Jugendliche vor strukturell ungeeigneten Lernbedingungen zu schützen und den Verlust von Bildungspotenzialen zu verhindern?*

Antwort:

Für uns als SPD ist völlig klar: Gute Bildung muss das Kind und seine Bedürfnisse konsequent in den Mittelpunkt rücken. Es gilt, für alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen herzustellen. Bei Kindern mit besonderen Herausforderungen, wie bspw. einer Neurodivergenz, ist die offene Kommunikation mit dem Kind, seinen Eltern und allen Beteiligten unabdingbar, damit Bildung gelingen kann. Ein gelingendes Schulerlebnis kann – je nach Bedürfnis – durch die Einbeziehung von multiprofessionellen Teams, durch die Zusammenarbeit und den Austausch mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten geschehen, aber auch dadurch gelingen, dass bspw. Nachteilsausgleiche gewährt werden. Zudem gibt es – individuell und bei entsprechenden Diagnosen – die Möglichkeit, entweder über Avatare am Unterricht teilnehmen zu können oder über alternative Formate zu lernen.

Wichtig ist für uns zudem, dass Schulen Schutzräume sind. Jegliche Formen von Ausgrenzung dürfen hier keinen Platz haben. Hierzu gehört auch, dass Schülerinnen und Schüler mit ihren individuellen Herausforderungen angenommen werden und sich angenommen fühlen. Wir wollen Schulen und Kitas in diesem Sinne durch gezielte Bildungs- und Beratungsangebote stärken: Dafür bauen wir auf ein starkes Unterstützungssystem aus Schulaufsicht, Landesjugendamt, Pädagogischem Landesinstitut, der Schulpsychologie und zahlreichen weiteren Partnerinnen und Partnern.

#### *2. Homeschooling und alternative Lernformen*

*In anderen europäischen Ländern existieren staatlich regulierte, kostenfreie und qualitätsgesicherte Formen von Homeschooling oder hybriden Bildungsmodellen. In Deutschland sind solche Angebote stark eingeschränkt und meist nur privat zugänglich. Ist Ihre Partei bereit, sich auf Landesebene für rechtssichere, staatlich begleitete und kostenfreie Formen von Homeschooling oder hybriden Lernmodellen einzusetzen, wenn*

*diese nachweislich dem Kindeswohl und der Bildungsbeteiligung dienen? Wenn ja: unter welchen Voraussetzungen? Wenn nein: warum nicht?*

Antwort:

Bereits heute gibt es in Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern für Kinder und Jugendliche, die längerfristig erkrankt sind, die Möglichkeit, über alternative Formate wie den Einsatz von Avataren am Unterricht teilzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, für Kinder und Jugendliche, die besondere Herausforderungen haben, so viel Unterricht wie möglich zu organisieren. Die bereits bestehenden guten Angebote für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer Erkrankung nicht am Unterricht teilnehmen können, wollen wir weiter ausbauen und bekannter machen.

### *3. Diagnostik, Anerkennung und Zugang zu Unterstützung*

*Viele Familien berichten von langen Wartezeiten, unklaren Zuständigkeiten und hohen Hürden, bevor Bedarfe anerkannt und Unterstützungsleistungen gewährt werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um frühzeitig, niedrighschwellig und unabhängig Bedarfe von Kindern festzustellen und daraus passgenaue schulische oder außerschulische Bildungsangebote abzuleiten?*

Antwort:

Uns sind die vorhandenen Herausforderungen bewusst: Für uns als SPD ist es wichtig, dass Familien gute Ansprechpartner haben und ihnen unbürokratisch und schnell geholfen wird. Dies kann immer dann gelingen, wenn die Beteiligten (die Kinderärztinnen und Kinderärzte, die Lehrkräfte, die Schulen, die Kinder- und Jugendhilfe) offen miteinander kommunizieren. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass rechtskreisübergreifend gut und schnell zusammengearbeitet wird: Denn im Mittelpunkt allen Handelns muss das Kind mit seinen Bedürfnissen stehen.

### *4. Psychische Gesundheit und Schulverantwortung*

*Meltdowns, Shutdowns, psychosomatische Beschwerden und Schulvermeidung werden häufig individualisiert oder sanktioniert, statt als Zeichen struktureller Überlastung verstanden. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass psychische Belastungen im schulischen Kontext nicht primär als Verhaltensproblem bewertet werden, sondern als Hinweis auf notwendige strukturelle Anpassungen im Bildungssystem?*

Antwort:

Mentale Gesundheit ist ein sehr wichtiges Thema, das u.a. immer wieder von der Landeschüler\*innenkonferenz aufgegriffen wird, und das wir sehr ernst nehmen. Für uns ist klar: Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort des Lebens,

und er muss ein Schutzraum sein, in dem sich Kinder und Jugendliche aufgenommen und angenommen fühlen. Denn nur so können sie ihr Potential entfalten. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll schon auf einen erfolgreichen Schulstart zu setzen: Auch aus diesem Grund befürworten wir, dass die Schulanmeldung vor der Ersten Klasse vorgezogen wurde und in der Regel bei viereinhalb jährigen Kindern stattfinden soll. So bleibt mehr Zeit als zuvor, die Bedarfe zu erheben, darauf einzugehen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass unsere Schulen gesunde Orte sind und bleiben, dass an diesen respektvoll und offen miteinander umgegangen wird. Wir begrüßen sehr, dass den Schulen im Land Rheinland-Pfalz bereits ein umfassendes qualitätsgesichertes Angebot zur Förderung der psychischen Gesundheit, der Resilienz sowie der psychosozialen Kompetenz in allen Schularten und Schulstufen zur Verfügung steht. Dazu gehören etwa die bestehenden Gesundheitsförderprogramme wie „Gesunde Schule Rheinland-Pfalz“ und "MindMatters - mit psychischer Gesundheit gute Schulen entwickeln. Wir wollen bestehende Gesundheitsförderprogramme weiter ausbauen, und dabei kommt der mentalen Gesundheit ein besonderer Stellenwert zu.

#### *5. Lehrer\*innenbildung und Systemkompetenz*

*Inklusion scheitert nicht selten an fehlender Ausbildung, Zeit und Handlungssicherheit bei Lehrkräften. Welche konkreten Veränderungen plant Ihre Partei in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, um Kompetenzen im Umgang mit Neurodivergenz, Reizverarbeitung und alternativen Lernformen systematisch zu verankern?*

Antwort:

Als SPD unterstützen wir, dass zeitnah die Curricularen Standards der Studienfächer, und dabei insbesondere die Fachdidaktiken, um weitere inklusionspädagogische Inhalte ergänzt werden sollen. Damit sollen alle angehenden Lehrkräfte noch stärker mit Blick auf die für einen individuell fördernden Unterricht notwendigen Kompetenzen vorbereitet werden. Zudem begrüßen wir, dass bereits alle angehenden Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz Kompetenzen erwerben, die sie zu grundlegendem inklusionspädagogischem Handeln und zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams befähigen. Alle Studierenden setzen sich bspw. mit Unterschiedlichkeiten in Lerngruppen auseinander, erwerben Kompetenzen und beschäftigen sich intensiv mit der Frage, wie inklusiver Unterricht gelingen kann. Angehende Förderschullehrkräfte vertiefen diese Kompetenzen im Laufe ihres Studiums in verschiedenen Modulen. Zudem gehören inklusionspädagogische Kompetenzen als Querschnittsaufgabe zum Vorbereitungsdienst aller Lehrämter: Darunter fallen verschiedene Module, die sich u.a. mit individueller Förderung oder aber auch der entsprechenden Didaktik und Methodik auseinandersetzen.

Für Lehrerinnen und Lehrer, die bereits im Dienst sind, gibt es Fort- und Weiterbildungsangebote, die dazu dienen, sie in ihren inklusiven Kompetenzen zu stärken. Das wollen wir weiter stärken.

#### *6. Landesweite Konzepte statt Einzelfalllösungen*

*Derzeit hängen tragfähige Lösungen oft vom Engagement einzelner Schulen oder Kommunen ab. Setzt sich Ihre Partei für ein landesweites, verbindliches Konzept zu inklusiver Bildung für neurodivergente und körperlich behinderten Schüler\*innen ein – inklusive klarer Zuständigkeiten, Finanzierung und Qualitätsstandards?*

Antwort:

Wir setzen uns dafür ein, dass Barrierefreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen selbstverständlich werden, dazu gehören auch Kita und Schule. Und dazu gehört selbstverständlich auch der Umgang mit neurodivergenten Schülerinnen und Schülern. Deshalb unterstützen wir wie bereits ausgeführt, dass alle Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz in ihrer Ausbildung inklusive Kompetenzen erwerben: Denn eine zukunftsweisende Lehrkräftebildung muss interdisziplinär, praxisorientiert und kooperativ ausgestaltet sein. Gleichzeitig sehen wir, dass gerade bei neurodivergenten Kindern oftmals individuelle Lösungen wichtig sind.

#### *7. Anerkennung, Gebärdensprache und Teilhabe gehörloser Menschen*

*In Hamburg hat das Landesparlament in einem breiten Antrag das jahrzehntelange Unrecht an gehörlosen Menschen – insbesondere durch das Verbot der Gebärdensprache in Bildungseinrichtungen und dessen langfristige Folgen – öffentlich anerkannt und eine politische Aufarbeitung, Entschuldigung sowie verbesserte Unterstützung gefordert. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei auf Landesebene, um historische Benachteiligungen gehörloser Menschen anzuerkennen, die Anwendung und Förderung der Deutschen Gebärdensprache in Bildung, Verwaltung und Gesellschaft sicherzustellen und künftig strukturelle Barrieren in Kommunikation und Teilhabe systematisch abzubauen?*

Antwort:

Als SPD haben wir mit großem Interesse den in Hamburg beschlossenen Antrag zum Umgang mit der Gewalt- und Leiderfahrungen, die Gehörlose durch den Vorrang der Lautsprache erlitten haben, aufgenommen. In Rheinland-Pfalz wurden seit den 1980er Jahren in den Schulen für Hörgeschädigte sowohl die auditiv-verbale Methode als auch die Gebärdensprache verwendet. Bezogen auf die Abschaffung des Gebärdensprachverbots sind zudem in Rheinland-Pfalz im Jahr 2000 Leitlinien zur Förderung von gehörlosen und schwerhörigen Schülerinnen und Schülern

herausgegeben worden, in denen der Einsatz von lautsprachbegleitenden Gebärden oder der Einsatz der Deutschen Gebärdensprache zulässig und möglich gemacht wurde.

Vor dem Hintergrund ist aus unserer Sicht zu betonen, dass wir uns weiterhin in der Verpflichtung zur Förderung von Inklusion und Barrierefreiheit in allen Bildungseinrichtungen des Landes sehen. Wir werden die Entwicklungen zum Thema in Hamburg und im Bund weiter intensiv verfolgen. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, wenn bundesweit weitere Initiativen – etwa die Bereitstellung eines Entschädigungsfonds – diskutiert und gegebenenfalls ergriffen werden, um die historischen Benachteiligungen gehörloser Menschen anzuerkennen.

## **Themenblock Umsetzung UN-BRK**

### *8. Verbindlichkeit statt Bekenntnisse*

*Die UN-BRK ist geltendes Recht. Dennoch berichten Betroffene von erheblichen Umsetzungsdefiziten in zentralen Lebensbereichen wie Bildung, Wohnen, Arbeit und Gesundheit.*

*Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die UN-BRK in Rheinland-Pfalz nicht nur als Leitbild, sondern als verbindlicher Maßstab für Landespolitik, Gesetzgebung und Verwaltungspraxis angewendet wird?*

### *9. Politische Verantwortung auf Landesebene*

*Zuständigkeitsfragen zwischen Land, Kommunen und Leistungsträgern führen häufig zu Verzögerungen und zu einer faktischen Einschränkung von Teilhaberechten.*

*Wo sehen Sie die konkrete Verantwortung des Landes Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung der UN-BRK – auch dort, wo Aufgaben formal bei Kommunen oder anderen Trägern liegen?*

### *10. Überprüfung bestehender Landesgesetze*

*Mehrere landesrechtliche Regelungen stehen in der Kritik, Teilhabe eher zu regulieren als zu ermöglichen.*

*Plant Ihre Partei eine systematische Überprüfung bestehender Landesgesetze (z. B. im Bereich Wohnen, Teilhabe, Eingliederungshilfe) auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-BRK? Wenn ja: mit welchem Verfahren und unter wessen Beteiligung?*

## 11. Beteiligung als Menschenrecht

*Die UN-BRK fordert die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen.*

*Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Beteiligung von Menschen mit Behinderungen auf Landesebene nicht symbolisch, sondern wirksam, barrierefrei und kontinuierlich erfolgt?*

## 12. Monitoring und Transparenz

*Ohne messbare Ziele bleibt Fortschritt schwer überprüfbar.*

*Befürwortet Ihre Partei ein unabhängiges, öffentlich zugängliches Monitoring zur Umsetzung der UN-BRK in Rheinland-Pfalz? Wie soll Transparenz über Fortschritte und Defizite hergestellt werden?*

Die Fragen aus diesem Themenblock beantworten wir wie folgt:

Rheinland-Pfalz bekennt sich unmissverständlich zur UN-Behindertenrechtskonvention und unternimmt große Anstrengungen, um diese umzusetzen. So hat sich das Land mit dem ersten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention früh auf den Weg gemacht. Als unabhängige Monitoring-Stelle wurde das Deutsche Institut für Menschenrechte beauftragt.

Als SPD wollen wir diesen Weg konsequent weitergehen. Wir arbeiten weiter mit Nachdruck daran, dass Barrierefreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen selbstverständlich werden. Das Landesinklusionsgesetz aus dem Jahr 2021 setzen wir weiter entschlossen um. Wir evaluieren den rheinland-pfälzischen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und entwickeln ihn konsequent weiter. Unser Ziel ist ein Aktionsplan, der Barrieren abbaut, Teilhabe in allen Lebensbereichen stärkt und die Rechte von Menschen mit Behinderungen verbindlich sichert. Dabei setzen wir auf echte Beteiligung, klare Ziele und überprüfbare Fortschritte.

Die Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Akteuren sind klar benannt. Das Land unterstützt jedoch auch dort, wo es keine unmittelbare Zuständigkeit hat. Gerade beim Thema Inklusion geht es uns als SPD darum, gemeinsame Lösungen im Sinne der Betroffenen zu finden. Deshalb ist eine enge Abstimmung zwischen Land, Kommunalen Spitzenverbänden und Trägern vonnöten. Als SPD pflegen wir daher einen engen Austausch mit den beteiligten Akteuren. Dies setzen wir entsprechend fort.

Getreu dem Motto „Nichts über uns ohne uns“ gestalten wir Politik für und mit Menschen mit Behinderungen. Neben der oben genannten Beteiligung sowie der

kontinuierlichen Evaluation von Regelungen, Fortschritten und Defiziten ist hierfür eine umfassende Barrierefreiheit vonnöten. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung bei der Umsetzung digitaler Barrierefreiheit wollen wir weiter stärken.

Verwaltungsservices und Behördenkommunikation gestalten wir vollständig barrierefrei und stellen zentrale Inhalte zusätzlich in Einfacher Sprache bereit, damit staatliche Informationen und Leistungen verständlich, nutzbar und für alle Menschen zugänglich sind. Zudem wollen wir die Infrastrukturoffensive von Bund und Land nutzen, um öffentliche Gebäude konsequent barrierefrei zu gestalten und Investitionen gezielt für den Ausbau baulicher Barrierefreiheit einzusetzen.

### **Themenblock: Eingliederungshilfe, Verlässlichkeit und Teilhabesicherheit**

#### *13. Planungssicherheit für Betroffene und Träger*

*Unsichere Finanzierungs- und Vertragslagen gefährden bestehende Angebote und verhindern neue, bedarfsgerechte Strukturen.*

*Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um Planungssicherheit für Menschen mit Beeinträchtigungen, ihre Familien und Leistungserbringer langfristig zu gewährleisten?*

#### *14. Bearbeitungsstau und Verwaltungsstrukturen*

*Lange Verhandlungs- und Bearbeitungszeiten führen zu Angebotsausfällen und Existenzrisiken.*

*Wie will Ihre Partei auf Landesebene dafür sorgen, dass Verhandlungs- und Bewilligungsverfahren in der Eingliederungshilfe deutlich beschleunigt und verbindlich strukturiert werden?*

#### *15. Übergänge und Zuständigkeiten (U18 / Ü18)*

*Brüche beim Übergang ins Erwachsenenalter führen häufig zu Versorgungslücken.*

*Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Zuständigkeitswechsel (z. B. beim Übergang von U18 zu Ü18) nicht zu Nachteilen für junge Menschen mit Beeinträchtigungen führen?*

Die Fragen aus diesem Themenkomplex beantworten wir wie folgt:

Die finanzielle Situation der Kommunen ist bundesweit angespannt. Als SPD begrüßen wir daher die umfassende Unterstützung, die das Land gegenüber den Kommunen leistet, beispielsweise auch durch den deutlich angewachsenen Kommunalen Finanzausgleich und das Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“. Die von Seiten des Landes mit den Kommunalen Spitzenverbänden angestoßene Überprüfung der Sozialausgabenentwicklung ist ebenfalls ein wichtiger Schritt in diesem Kontext, ebenso

wie die geplante Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs. Wir sind überzeugt davon – und sehen es teilweise bereits in der Praxis –, dass es möglich sein kann, sowohl Qualität zu verbessern als auch Kosten zu senken. Im Sinne schnellerer Bearbeitungszeiten und größerer Effizienz setzen wir zudem unsere Anstrengungen fort, die Rahmenbedingungen für weniger Bürokratie zu schaffen.

Wir setzen uns darüber hinaus mit Nachdruck für echte Konnexität insbesondere bei den bundesrechtlich geregelten Sozial- und Jugendhilfekosten ein – nach dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“. Insgesamt fordern wir eine faire Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei den Sozialausgaben.

Wenn sich vor Ort konkrete Problemlagen ergeben, setzt sich die Landesregierung stets sehr frühzeitig dafür ein, gemeinsame Lösungen zu finden. Es ist wichtig, dass alle Beteiligten Planungssicherheit erlangen. Das gilt auch für Übergänge, z.B. zwischen U18 und Ü18. Wir setzen uns hier weiterhin für verlässliche Rahmenbedingungen und Strukturen ein.

## **Themenblock Feministische Perspektive, Behinderung und Intersektionalität**

### *16. Schutz vor Gewalt und Abhängigkeit*

*Frauen mit Behinderungen sind in besonderen Wohnformen und Werkstätten erhöhten Risiken ausgesetzt.*

*Welche konkreten gesetzlichen oder strukturellen Verbesserungen plant Ihre Partei, um den Gewaltschutz für Frauen mit Behinderungen in Einrichtungen und besonderen Wohnformen zu stärken?*

### *17. Selbstbestimmung und reproduktive Rechte*

*Barrieren in der Gesundheitsversorgung schränken Selbstbestimmung ein.*

*Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zu gynäkologischer Versorgung, Beratung, Familienplanung und reproduktiver Selbstbestimmung haben?*

### *18. Intersektionale Landespolitik*

*Geschlecht, Behinderung, Herkunft, sexuelle Identität, Alter und soziale Lage wirken zusammen.*

*Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Landespolitik diese Mehrfachdiskriminierungen systematisch berücksichtigt – und nicht isoliert nach einzelnen Kategorien handelt?*

### Die Fragen aus diesem Themenkomplex beantworten wir wie folgt:

Für die SPD Rheinland-Pfalz steht ein konsequenter und barrierefreier Gewaltschutz im Mittelpunkt unserer Gleichstellungs- und Behindertenpolitik. Wir wollen verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen gesetzlich absichern. Dafür braucht es klare Präventionsmaßnahmen, feste Interventionsabläufe und regelmäßige, externe Kontrollen. Gleichzeitig stärken wir unabhängige Beschwerde- und Ombudsstellen, damit Betroffene Gewalt niedrigschwellig und sicher melden können. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau barrierefreier Schutz- und Beratungsangebote, etwa durch inklusive Frauenhäuser, spezialisierte Fachberatung und mobile Unterstützungsangebote für Einrichtungen. Fachkräfte sollen für Gewaltprävention, Machtmissbrauch und geschlechtsspezifische Gewalt sensibilisiert werden. Als sozialdemokratische Partei setzen wir ferner auf mehr Selbstbestimmung und Wahlfreiheit beim Wohnen, denn geringere Abhängigkeiten bedeuten auch mehr Schutz. Ergänzend wollen wir Datenerhebung, Vernetzung der Hilfesysteme und die Präventionsarbeit weiter stärken. Unser Ziel ist ganz klar: Frauen mit Behinderungen müssen überall sicher leben können. Dies gilt auch in Einrichtungen.

Wir bekennen uns außerdem ausdrücklich zu einem inklusiven Gesundheitswesen, in dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten. Barrierefreiheit verstehen wir dabei sowohl baulich als auch organisatorisch und kommunikativ. Unser Ziel ist es, bestehende Barrieren im Gesundheitswesen systematisch abzubauen und Versorgungsangebote so zu gestalten, dass sie für alle zugänglich sind. Dazu gehören der Ausbau barrierefreier Praxen und Einrichtungen und die Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachpersonal, aber eben auch die stärkere Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen in der gesundheitlichen Versorgung. Unser übergeordnetes Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die die Vielfalt weiblicher Lebens- und Krankheitsrealitäten anerkennt, besser erforscht, in der Ausbildung integriert und in der Praxis berücksichtigt – für mehr Gesundheit, Lebensqualität und Gerechtigkeit.

Insgesamt machen wir uns für eine Gesundheitsversorgung stark, die sowohl die Vielfalt der Menschen, die sie in Anspruch nehmen, als auch die Vielfalt der Bedarfe berücksichtigt. Gesundheit muss daher für alle bezahlbar und niedrigschwellig erreichbar bleiben. Wir stellen die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt und machen es ihnen leichter, die passende Hilfe zu finden. Unser Gesundheitssystem stellen wir vor dem Hintergrund der Krankenhausstrukturreform zukunftsfest auf. Für uns gehört dazu ein Zusammenspiel aus Spezialisierung, flächendeckender Notfallversorgung und wohnortnaher Grundversorgung. Wir stärken Prävention und nutzen auch die Chancen des digitalen Fortschritts. Zudem stärken wir die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum (u.a. durch Landarzt- und Landkinderarztquote). Mit innovativen Konzepten wie den „Family Doctors“, die hausärztliche, kinderärztliche und gynäkologische Leistungen unter einem Dach

bündeln, entwickeln wir darüber hinaus neue Formen einer wohnortnahen und ganzheitlichen Gesundheitsversorgung für Familien. Teilhabe an gesundheitlicher Versorgung stärken wir auch dadurch, dass wir aufsuchende Beratungsangebote ausbauen. Auch setzen wir auf eine ganzheitliche Sozialberatung im Quartier und schaffen Anlaufstellen, die Prävention, Beratung, aufsuchende Hilfen, Pflege und gesundheitliche Versorgung aus einer Hand anbieten. Dies alles trägt dazu bei, Diskriminierungen abzubauen und Teilhabe zu stärken.

### **Themenblock: Herausforderungen im Umgang mit Post-COVID, Post-Vac und ME/CFS**

*In Rheinland-Pfalz leben zahlreiche Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit schweren postinfektiösen Erkrankungen. Viele von ihnen sind erheblich in ihrer Bildung, Erwerbsfähigkeit, gesundheitlichen Versorgung sowie sozialen Teilhabe eingeschränkt. Trotz bestehender Rechtsansprüche zeigen sich in der Praxis strukturelle Versorgungslücken, bürokratische Hürden und Unsicherheiten in der sozialrechtlichen Bewertung.*

*Wir möchten Ihnen nachfolgend komprimierte Leitfragen zu den Bereichen soziale Teilhabe, Bildung, Arbeit sowie gesundheitliche Versorgung und Forschung übermitteln und bitten um Ihre Positionierung.*

#### *21. Soziale Teilhabe*

*Wie wollen Sie den barrierearmen Zugang zu Pflege, Assistenz, Hilfsmitteln und Sozialleistungen für Betroffene vereinfachen?*

*Wie stellen Sie sicher, dass Begutachtungen nach aktuellem wissenschaftlichem Stand erfolgen und Leistungen wie Pflegegrad, GdB oder Erwerbsminderungsrente verlässlich gewährt werden?*

*Welche Maßnahmen planen Sie zur Vermeidung von Isolation und zur Förderung niedrigschwelliger Unterstützungsangebote?*

*Wie wollen Sie Öffentlichkeit, Arbeitgeber, Schulen und medizinisches Personal sensibilisieren?*

#### *22. Bildung*

*Wie gewährleisten Sie das Recht auf Bildung für Schüler, die krankheitsbedingt nicht regelmäßig am Präsenzunterricht teilnehmen können?*

*Wie sichern Sie flexible, krankheitssensible und ggf. asynchrone Lernformate verbindlich ab?*

*Wie werden medizinische Einschätzungen zu Belastungsgrenzen rechtlich anerkannt und Bildungswege abgesichert?*

*Wie wird das Prinzip des Belastungsschutzes („Pacing“) strukturell im Schulalltag berücksichtigt?*

### *23. Arbeit und soziale Absicherung*

*Wie fördern Sie flexible Arbeitsmodelle und sensibilisieren Arbeitgeber für die besonderen Bedarfe Betroffener?*

*Wie gewährleisten Sie zeitnahen Zugang zu geeigneter Rehabilitation, vereinfachten Verfahren und ggf. beruflicher Neuorientierung?*

*Wie stellen Sie eine verlässliche soziale Absicherung bei teilweiser oder vollständiger Erwerbsunfähigkeit sicher?*

### *24. Gesundheitliche Versorgung und Forschung*

*Wie sichern Sie eine flächendeckende, am aktuellen Forschungsstand orientierte Versorgung in Praxen, Kliniken und im häuslichen Bereich?*

*Wie wollen Sie Forschung zu Ursachen und Therapien gezielt stärken und die Übertragung von Erkenntnissen in die Praxis verbessern?*

*Wie stellen Sie angemessene Fortbildungsangebote für medizinisches Personal sicher?*

*Welche Maßnahmen planen Sie zur Prävention und Aufklärung, um Neuerkrankungen zu reduzieren?*

Die Fragen aus diesem Themenkomplex beantworten wir wie folgt:

Es ist uns insgesamt ein zentrales Anliegen, einen niedrigschwelligen Zugang zu Unterstützungsangeboten zu gewährleisten. Die Herausforderungen und Belastungen, mit denen Menschen mit postinfektiösen Erkrankungen konfrontiert sind, machen wir uns dabei sehr bewusst. Da die daraus resultierenden Einschränkungen potenziell alle Lebensbereiche betreffen, ist es auch eine gemeinsame Verantwortung, Angebote zu entwickeln und Sensibilität zu schaffen. Wir sind froh, dass das Land hier ein hohes Engagement an den Tag legt und auch das Leid der Betroffenen bspw. von Post Covid nicht in Vergessenheit gerät. Dazu gehört auch, das Angebot der Post-Covid-Ambulanzen fortzuführen und die Forschung mit Blick auf Folgen für Kinder und Jugendliche zu intensivieren.

Die Post-Covid-Ambulanzen dienen als regionale Anlaufstelle für komplexe Post-Covid-Fälle und können Diagnosen interdisziplinär mit Facharztpraxen abklären und gezielte Therapien zur Linderung der Beschwerden einsetzen. Als spezialisierte Anlaufstelle für die jüngeren und ganz jungen Betroffenen steht das Klinikum Worms für eine

qualifizierte Erstbeurteilung, interdisziplinäre Diagnostik und individuelle Therapien zur Verfügung. Das Angebot wurde unserer Kenntnis nach von den Expertinnen und Experten als wichtige Ergänzung der Versorgungslandschaft in Rheinland-Pfalz begrüßt. Mit dem durch das Land Rheinland-Pfalz geförderten Projekt „Thera-Surv Post-Covid: Surveillance“ zur Therapie des Post-COVID Syndroms soll Ärztinnen und Ärzten eine Datengrundlage für Therapieentscheidungen bei der Post-Covid-Versorgung geben. Dafür werden Behandlungsfälle der Post-Covid-Ambulanzen in RLP digital erfasst und ausgewertet. Damit wird eine Informationsbasis geschaffen, wie sowohl für evidenzbasierte Fortbildungen als auch bei der Ausbildung an der Universitätsmedizin unterstützen kann. Zudem werden wir, wie ebenfalls angesprochen, die Forschung, gerade mit Blick auf Folgen für Kinder und Jugendliche, weiter intensivieren. Hier besteht unseres Erachtens ein besonderer Bedarf, da bspw. der Schweregrad der Symptome weniger klar zu identifizieren ist. Diese Punkte sind auch ausdrücklich in unserem Regierungsprogramm festgehalten.

Hinsichtlich Bildung ist uns wichtig zu betonen: Für Kinder und Jugendliche, die an den oben genannten Erkrankungen leiden, hat sich das Leben komplett verändert. Das gilt ebenso für ihre Familie. Es ist deshalb wichtig, ihnen so viel Unterricht und so viel Normalität wie möglich und wie erwünscht zu ermöglichen. Das Wohl des Kindes steht an erster Stelle. Dazu braucht es aus unserer Sicht individuelle Lösungen, denn jedes erkrankte Kind oder jeder erkrankte Jugendliche hat unterschiedlich viel Energie, und das vorhandene Energielevel ist zumeist auch noch tagesformabhängig. Aus unserer Sicht gilt es deshalb, den Kindern und Jugendlichen all das zu ermöglichen, was für sie infrage kommt. Für manche Kinder kann das bedeuten, dass sie an „guten“ Tagen zur Schule kommen, an manchen Tagen vielleicht nur wenige Stunden und an manchen Tagen – falls möglich – zuhause lernen. Wichtig ist in jedem Fall, Kindern individuell Pausen zu ermöglichen und zudem auf reizarme Umgebungen zu achten. Darüber begrüßen wir, dass die Möglichkeit besteht, über Avatare am Unterrichtsgeschehen teilzunehmen. Auch hinsichtlich der Frage der Leistungsfeststellung müssen ggf. individuelle Lösungen gefunden werden. Hier gibt es bereits vielfältige Möglichkeiten, die immer im Sinne der Schülerin bzw. des Schülers auszuschöpfen sind.

Für uns steht fest: Damit individuelle „Konzepte“ im Sinne der Schülerinnen und Schülern entwickelt und befolgt werden können, müssen alle Beteiligten – Eltern mit ihrem Kind, die Lehrkräfte, die Schule, die Kinderärzte, die Kinder- und Jugendhilfe – gut und offen miteinander kommunizieren. Es gilt stetig und immer wieder zu klären, ob die Kinder weitere Unterstützung im Unterricht benötigen, wie viel Unterricht möglich ist und wo ggf. Grenzen sind.

## **Themenblock: Allgemeine Herausforderungen**

### *25. Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr*

*Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe; dennoch bestehen weiterhin strukturelle Barrieren im öffentlichen Verkehr, die mobilitätseinschränkte Menschen faktisch ausschließen oder ihre selbstbestimmte Nutzung erheblich erschweren.*

*Welche konkreten Maßnahmen plant ihre Partei, um den barrierefreien Zugang und die verbindliche, flächendeckende Nutzbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel sicherzustellen?*

Antwort:

Wir wollen, dass alle Menschen verlässlich, bezahlbar, barrierefrei und umweltfreundlich unterwegs sein können. Bereits in der jetzigen Legislaturperiode hat die SPD-geführte Landesregierung einen Landesnahverkehrsplan erlassen, in welchem ein besonderes Augenmerk auf der Barrierefreiheit liegt. In unserem Regierungsprogramm setzen wir uns für einen vollständig barrierefreien Nahverkehr ein. Denn Barrierefreiheit ist für uns ein zentraler Bestandteil moderner Verkehrspolitik. Alle Menschen, unabhängig von Alter, Behinderung oder Unterstützungsbedarf, sollen Busse, Bahnen, Bahnhöfe und Haltestellen selbstständig nutzen können. Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände müssen dabei frühzeitig in die Planung einbezogen werden. Gemeinsam mit Kommunen und Verkehrsverbänden arbeiten wir am barrierefreien Umbau von Haltestellen, mit taktilen Leitsystemen, höhengleichen Einstiegen und sicheren Wartebereichen. Leicht zugängliche Mobilitätsinformationen wie klare Anzeigen, akustische Hinweise und barrierefreie digitale Angebote sollen landesweit Standard werden. Für sanierungsbedürftige Bahnhofsgebäude fordern wir ein Bundesprogramm, das barrierefreie und sichere Zugänge, auch zu den Toiletten an Bahnhöfen umfasst.

## *26. Psychiatrische Versorgung und bedarfsgerechte Wohnangebote*

*In der Praxis zeigt sich ein erheblicher Mangel an niedrigschwelligen psychotherapeutischen Angeboten, zeitnaher psychiatrischer Versorgung sowie an spezialisierten Wohnangeboten für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen, wodurch notwendige Unterstützung häufig nicht oder zu spät erfolgt.*

*Wie werden Sie diesem strukturellen Versorgungsdefizit politisch begegnen und welche konkreten Maßnahmen plant ihre Partei zur nachhaltigen Verbesserung der Versorgungs- und Wohnstrukturen?*

Antwort:

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten psychiatrischen Versorgung stellt für uns eine wichtige Säule in unserer politischen Arbeit dar. Mit Blick auf die Umsetzung der Krankenhausstrukturreform kommt es auf die Vernetzung von stationären und ambulanten Angeboten an. Dies umfasst auch, dass die Zugänge zu diesen ambulanten

und stationären Angeboten schnell, niedrigschwellig und ohne große bürokratische Hürden erreicht und in Anspruch genommen werden können. Neben unserem Anspruch, bürokratische Hürden deutlich zu minimieren, setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Anzahl der Sitze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten bei der Bedarfsplanung in Rheinland-Pfalz deutlich erhöht wird - und dabei auch die ländlichen Regionen im Blick behalten werden. Doch nicht nur der Ausbau der Anzahl der Sitze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten ist für die Versorgung notwendig. Denn zur Sicherung der Versorgung muss auch die Ausbildung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten vorangetrieben werden. Hierzu muss von Seiten des Bundes die Lücke in der gesetzlichen Finanzierung der Weiterbildungsplätze in psychotherapeutisch arbeitenden Praxen und in Kliniken schnellstmöglich geschlossen werden. Dass diese Finanzierungslücke geschlossen wird, ist ein großes Anliegen der Landes- und der Bundes-SPD. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass auf Initiative der SPD auf Bundesebene dieser Sachverhalt in den aktuellen Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.